

REGIONALPROGRAMM

GOLF-STAATEN

THOMAS BIRRINGER

SARA-IDA KAISER

28. Januar 2011

www.kas.de/rpgwww.kas.de

Nach Tunesien und Ägypten: Arabischer Frühling am Golf?

Trotz räumlicher Distanz betrachten auch die Regierungen am Golf die Ereignisse in Tunesien und Ägypten mit gemischten Gefühlen. In den Tageszeitungen der letzten Wochen dominierten die Proteste in Nordafrika. Die Stimmen hierzu waren so vielfältig wie die Gesellschaft: Viele Zeitungen und Blogs kommentierten die tunesische Bewegung mit Sympathie.

Zwar konzentriert sich die Diskussion über ihre Folgen weiter vor allem auf Nordafrika und in den Monarchien am Golf gab es wenige offene Kundgebungen oder Demonstrationen. Doch erkennbar setzt eine Debatte unter und über die herrschenden Eliten auch am Arabischen Golf ein. Nicht zuletzt die vielen Tunesier und besonders Ägypter, die in den Golf-Staaten arbeiten, sorgen für Diskussionen.

Die saudische Regierung fiel zunächst mit ihrem Exilangebot für den tunesischen Präsidenten unangenehm auf.¹ Für den in Dubai ansässigen Direktor des Institute for Near East and Gulf Military Analysis, Riad Kahwaji hat die Flucht des tunesischen Präsidenten nach Saudi-Arabien einen fast ironischen Beigeschmack: *"It might be ironic for a person who fought the hijab (Muslim women's head cover) to end up being given asylum in an Islamic state. His wife will have to live veiled, under the law there."*² Auch die saudische Bevölkerung zeigte in den einschlägigen Blogs wenig Verständnis für die Aufnahme Ben Alis. Stimmen wie *"You are not welcome"* oder *"Send him*

back, please" kamen vielfach aus dem konservativen saudischen Lager.³ In seiner wöchentlichen Kolumne schrieb der prominente saudische Geschäftsmann Hussein Shobokshi: *"I firmly believe that the slogan of the current era is 'Tuniziation'. This scenario will be repeated unless we take notice, and fully comprehend what happened in Tunisia"*.⁴ Ungeachtet der Sympathien wünschten sich nur wenige Saudis ähnliche Szenarien wie in Tunesien, wo ganz andere politische und wirtschaftliche Bedingungen vorherrschen.

Mit islamischer Solidarität für das tunesische Volk einerseits und Warnungen vor möglichen Folgen andererseits präsentierte sich auch der Präsident der Arabischen Liga, Amr Moussa zum Auftakt des Arab Economic Summit in Sharm El Sheikh vergangene Woche.⁵ Die sorgfältig abgewogenen Äußerungen ließen auch eine gewisse Unsicherheit über den Ausgang der Dinge erkennen. Wenige Tage später in Davos äußerte er sich im Licht der Ereignisse in Ägypten bereits deutlicher: *"The Arab citizen is angry (...). Reform is the name of the game. And reform has to happen now all over the Arab world"*⁶ Auch der wichtige saudische Prinz Turki Al Faisal, der eher den reformbereiten Kräften in Saudi-Arabien angehört, äußerte sich skeptisch zur Zukunft des Regimes Mubarak in Ägypten⁷.

Schon die Ereignisse in Tunesien hatten den kuwaitischen Ministerpräsidenten Scheich

³ Blog: Shelter in Saudi: Decision to house Ben Ali criticised

⁴ Al Sharq Al Awsat, 17. Januar 2011

⁵ Al Jazeera online, 19. Januar 2011

⁶ The Peninsula, 28. Januar 2011

⁷ ebd.

¹ Al-Quds al-Arabi, 24. Januar 2011

² Al Jazeera online, 16. Januar 2011

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**REGIONALPROGRAMM
GOLF-STAATEN**

Januar 2011

www.kas.de/rpg

www.kas.de

Mohammed Al Sabah zu besorgten Äußerungen veranlasst: Die arabische Welt erlebe eine bislang einzigartige politische Bewegung⁸. Besonders auffällig sind die Äußerungen aus den – meist nicht frei gewählten – Parlamenten der Golf-Region: „*Political Reform is something that has to happen. This is a spark*“⁹, lies FNC-Mitglied Yousef Al Neami aus Ras Al Khaimah (Vereinigte Arabische Emirate) während des Gipfels der Parliamentary Union of Islamic Countries in Abu Dhabi verlauten. Dr. Abdul Raheem al Shaheen, ein weiterer Abgeordneter des Parlamentes der VAE kommentierte die Lage in den arabischen Staaten kritisch: „*This is not an issue about people wanting bread or water. What happened in Tunisia should lead to a rethink in the entire Arab World. We express our support of the choice of the Tunisian People in managing their country and choosing their representatives.*“¹⁰

Worauf die Kritik an dem Präsidenten bin Ali eigentlich abzielt und wie vorsichtig man bei der Analyse der einzelnen Pressestimmen sein muss, wird in dem Statement eines Mitgliedes des kuwaitischen Parlamentes, Mubarak Al Khrainje deutlich. Er macht Bin Alis strikte „Anti-Islam-Politik“ für die Proteste verantwortlich und vergleicht ihn mit Kemal Atatürk. Ben Ali hatte u.a. das islamische Kopftuch bekämpft. „*If a president treats his citizens in this manner, then of course this will happen.*“¹¹

Die arabischen Zeitungen verweisen zu Recht auf die Eigenheiten der gesellschaftlichen Modelle in den Golf-Staaten, die Vergleiche schwer machen. Doch es sind auch Parallelen mit Tunesien vorhanden, denen sich die Regierungen am Golf sicherlich bewusst sind, allerdings kaum öffentlich diskutieren werden. „*Despotic regimes in the Arab world are extremely annoyed at what befell the regime of the deposed president Zine el Abidine Ben Ali*“, fasst Ali Al Ghafli, der Direktor des politikwissenschaftlichen Institutes der United Arab Emirates University die Situation zusammen, „*they are*

adamant in thinking that the Tunisian grassroots intifada is just a phase that will see the mere substitution of one president for another, whereas the spirit and form of despotism will remain in place.“¹²

So gibt es beispielsweise in fast allen Golf-Staaten eine hohe Jugendarbeitslosigkeit. Auch Repressionen, neopatrimoniale Strukturen sowie Korruption sind oft vergleichbar. Nur hält sich hier die Unzufriedenheit und Perspektivlosigkeit der Bevölkerung bislang im Rahmen.

Für die rohstoffreichen Staaten, wie die Vereinigten Arabischen Emirate, Katar oder Saudi-Arabien stellen die tunesischen Revolten sicherlich keine direkte Bedrohung dar. In Anbetracht ihrer immensen Erdöleinnahmen können sie sich durch eine großzügige Alimentierung der eigenen Bevölkerung Zustimmung und vor allem Ruhe sichern. Auch die traditionellere Struktur der Gesellschaft sorgt für eine gewisse Loyalität zum Herrscherhaus.

In Kuwait, Bahrain oder Oman könnte sich die Arbeitslosigkeit hingegen zum sozialen Konfliktstoff entwickeln. Hier gab es in der Vergangenheit immer wieder vereinzelte Protestbewegungen, die sich beispielsweise in Bahrain maßgeblich aus dem oppositionellen schiitischen sog. „Arbeitslosenkomitee“ speiste.

In Kuwait feierte bereits der linksliberale Parlamentsabgeordnete Ahmad Saadun, dass der Sturz von Ben Ali allen Tyrannen in der arabischen Welt eine Lektion sei.¹³ Preissteigerungen werden in Kuwait immer wieder als Anlass für Diskussionen genommen. Doch anders als Tunesien ist Kuwait in der Lage, seinen Reichtum als Wohlfahrtsleistungen unter der Bevölkerung zu verteilen.¹⁴ Der kuwaitische Jurist Faisal al Muslim wurde für seine Vergleiche Kuwaits mit Tunesien stark kritisiert und nahm daraufhin seine Äußerungen zurück. „*I did not mean*

⁸ ebd.

⁹ The National, 20. Januar 2011

¹⁰ The National, 20.01.2011

¹¹ The National, 20. Januar 2011

¹² Al Khaleej, 18. Januar 2011

¹³ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16. Januar 2011

¹⁴ Als Reaktion auf die gestiegenen Preise für Lebensmittel Anfang Januar verteilte die Regierung Lebensmittelkarten an die Kuwaitis

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**REGIONALPROGRAMM
GOLF-STAATEN**

Januar 2011

www.kas.de/rpg

www.kas.de

*for my statements to threaten anyone. I refuse to bring the events of Tunisia over to Kuwait.*¹⁵

Trotz einiger struktureller Gemeinsamkeiten ist eine Wiederholung der Ereignisse auf der arabischen Halbinsel daher einstweilen nicht zu erwarten. Zu groß ist die Akzeptanz der Herrscherfamilien und zu gering die allgemeine Unzufriedenheit. Trotzdem stehen die Regierungen vor der wesentlichen Herausforderung, Wachstum und Stabilität zu sichern. Damit erwächst aus den tunesischen Ereignissen eine neue Nervosität und vermehrt den Druck für politische und ökonomische Reformen.

Mit Ausnahme Saudi-Arabiens und in gewisser Hinsicht auch Oman handelt es sich bei allen Ländern des GCC um vergleichsweise kleine Volkswirtschaften. Mit hohen Gehältern und Wohlfahrtsleistungen für die einheimische Bevölkerung wird die innenpolitische Stabilität bewahrt. Darüber hinaus sichern die tribalen Strukturen innerhalb der Gesellschaften den Herrschern ihre Position.

Trotzdem fällt auch hier die Arbeitslosigkeit bei der jungen Generation auf: Die VAE veröffentlichten jüngst offizielle Zahlen, nach denen die Arbeitslosenquote in den Emiraten bei 13% liegt, rund ein Viertel davon sind zwischen 20 und 24 Jahre¹⁶. Diese Zahlen lassen sich auch auf die anderen Golf-Staaten übertragen, sofern sie nicht noch deutlich höher liegen - ein großes Problem für die ohnehin sehr jungen Länder am Golf, mit im Schnitt rund 25% der Bevölkerung unter 15 Jahren.

Für die hohe Arbeitslosigkeit sind mehrere Faktoren verantwortlich. Es wurden neben der Erdöl- und Erdgasindustrie auch andere Wirtschaftszweige befördert, doch die Staatsbürger besetzen hier nur einen geringen Teil der Arbeitsplätze. Gleiches gilt für den Dienstleistungssektor, in dem ebenfalls überwiegend ausländische Arbeiter zu finden sind. Das liegt zum einen an der inadäquaten Ausbildung vieler Golfstaatler, ande-

rerseits auch an der mangelnden Bereitschaft, außerhalb des öffentlichen Sektors zu den oftmals geringeren Löhnen des Privatsektors zu arbeiten. Generell weckt der allgemein große Wohlstand sehr hohe Erwartungen an die Einkommen.

Alle Golf-Staaten haben in der Vergangenheit verschiedene Reformprojekte im Ausbildungssektor eingeleitet, um das Problem der Arbeitslosigkeit zu lösen. Doch der Integration der jungen Bürger in die Arbeitsmärkte sind enge Grenzen gesetzt. Der öffentliche Sektor, der bislang viele einheimische Absolventen aufgenommen hat, ist mittlerweile saturiert. Alternativen werden in der Privatwirtschaft gesucht. In ihren Diversifizierungsanstrengungen setzen die Golf-Staaten vor allem auf den Dienstleistungs- und Finanzsektor. Allerdings müssen sich die Bewerber hier auch der internationalen Konkurrenz stellen, womit Entscheidungen der Privatwirtschaft häufig nicht zugunsten der Staatsbürger ausfallen.

Weitere Sektoren, in welche die Regierungen am Golf investieren (Logistik, Tourismus, Clean Technologies) können das Problem der Arbeitslosigkeit auf Dauer nicht lösen. Selbst die ressourcenreichen GCC-Staaten, die es sich leisten können, diese Bevölkerungsgruppe zu alimentieren, müssen befürchten, dass sich viele frustrierte Jungakademiker empfänglich für neue Ideologien zeigen.

Arbeitslosigkeit wird vor allem dann zu einem Problem, wenn sie mit der Ungleichverteilung der Ressourcen einhergeht, wie im Beispiel Bahrain. Dort konzentriert sich die Arbeitslosigkeit innerhalb der schiitischen Bevölkerung.

Eine jüngst in Katar veröffentlichte Gallup-Umfrage aus 21 arabischen Staaten verdeutlicht dagegen die Unterschiede zwischen den Golf-Staaten und den anderen arabischen Ländern: Danach wollten bis zu 45 Prozent der jungen Araber (zwischen 15 und 29 Jahren) in Ländern wie Tunesien, Marokko und Jemen am liebsten ihre Länder für immer verlassen. Den reichen Golfstaaten wollen dagegen nur fünf bis sechs Pro-

¹⁵ The National, 21. Januar 2011

¹⁶ Daten für die VAE von 2008, siehe Statistical Yearbook of Abu Dhabi 2010, S. 215

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**REGIONALPROGRAMM
GOLF-STAATEN**

Januar 2011

www.kas.de/rpg

www.kas.de

zent der jungen Menschen den Rücken kehren.¹⁷

Angesichts der beschriebenen Rahmenbedingungen sind sich die herrschenden Eliten in den Golf-Staaten meist durchaus der Probleme bewusst und versuchen ihnen zu begegnen, meist indem sie erste Reformen versuchen. Es handelt sich jedoch um einen behutsamen, graduellen Wandel. Die Beispiele Tunesien und Ägypten zeigen dabei, dass die Menschen eine Perspektive für die Zukunft brauchen.

¹⁷ vgl. The Silatech Index: Voices of Young Arabs“ Januar 2010